

- 6. OKT.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/229 - 6. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0838890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Haushaltsdebatte</u> Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	97
3 - 4	<u>Die Fristen laufen ab</u> Neue Radikalisierung in Frankreich Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	64
4	<u>Ein Zeitdokument</u> <u>Schuss ins Schwarze</u> Die Klage des Rundfunkintendanten Dr. Bausch	36
5	<u>Schutz gegen Schund</u> Bundestag berät über "Vergangstorung" des Soldaten	57
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Speyer - Viel erreicht, noch manches zu tun</u> Von Oberbürgermeister Dr. Paulus Skopp	76

\* \* \*

## Haushaltsdebatte

Von Heinrich G. Ritzel, MdB  
Mitglied des Haushaltsausschusses

Den Riesenetat von rund 45 Milliarden DM, den Bundesfinanzminister Etzel in dieser Woche begründete, erörterte der Bundestag in einer vergleichsweise gründlichen Aussprache in erster Lesung. Die Aussprache war deswegen gründlicher, weil sie sich nicht darauf beschränkte, nur die allgemeinen Gesichtspunkte des Haushaltes zu berücksichtigen, sondern auch wirtschaftspolitisch, haushaltstechnisch und finanzpolitisch in die Tiefe ging.

### Auf den Wahrheitsgehalt zurückgeführt

Es bleibt das unbestreitbare Verdienst der sozialdemokratischen Redner, daß sie in Wahrung der Rechte und Lebensinteressen unseres Volkes den Lobgesang, den der Bundesfinanzminister zum eigenen Ruhm und zum Lob der Regierung Adenauer sowie der CDU angestimmt hatte, auf seinen Wahrheitsgehalt zurückführten. In treffenden Formulierungen wies Erwin Schoettle namens der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion auf die wenig stichhaltigen Darlegungen hin, die den Bundesfinanzminister veranlaßt haben, jedes Verdienst in der deutschen Wirtschaftsentwicklung der CDU und ihren Regierungen zuzuweisen. Erwin Schoettle wie Rudi Heiland erklärten für die SPD, daß es nicht zu verantworten sei, wenn bei solchen Behauptungen die Leistungen der deutschen Gemeinden in den Schätzen gestellt würden. Erwin Schoettle erklärte wiederholt, daß der Bundeshaushalt, so wie ihn die Bundesregierung entwickelt, den Vorstellungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion nicht entspricht. Abgeordneter Heiland verwies im besonderen auf die grundlegenden Leistungen der deutschen Gemeinden in einer Zeit nach 1945, in der es überhaupt noch keinen Bund und keine Bundesregierung gab. Ohne diese kommunalen Leistungen wäre der heutige Stand des deutschen Sozial- und Wirtschaftslebens nicht zu erreichen gewesen.

In weitgespannter wirkungsvoller Disposition nahm Erwin Schoettle zu zahlreichen Einzelheiten des Etatentwurfs und zu grundsätzlichen Fragen Stellung. Rudolf Heiland setzte sich vor allem mit den schiefen Urteilen aus Kreisen der CDU über die Gemeinden auseinander und verwahrte sich dagegen, daß die deutschen Gemeinden immer weiter auf einen echten Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden warten müßten.

### Zusätzliche Verschuldung

Ein Problem besonderer Art kam in der Debatte und auch in einer Antwort des Finanzministers auf die Ausführungen Schoettles wiederholt zur Sprache, nämlich das der Bedienung des außerordentlichen Haushaltes. Die Bundesregierung hat in ihrem Etatentwurf rund zwei Milliarden DM zur Neuverschuldung vorgeseher. Das würde an sich keiner grundsätzlichen Gegnerschaft begegnen, wenn die Ansätze selbst es rechtfertigen würden, den Bund aus gegebenem Anlaß zusätzlich zu verschulden. Der Bund ist im Gegensatz zu Gemeinden und Ländern aus einer Neuverschuldung

seit der Währungsreform 1948 wesentlich weniger verschuldet als die Länder und vor allem die Gemeinden, die heute eine Schuldenlast von rund 12 Milliarden DM seit 1948 zu tragen haben. Es ist aber, und darauf wies ich im Verlaufe der Debatte den Bundesfinanzminister noch einmal ausdrücklich hin, nicht zu vertreten, daß der Bund zur Neudeckung von Restausgaben im Verteidigungsministerium, die noch nicht einmal einer erneuten Überprüfung unterworfen werden sollen, den Betrag von 638 Millionen DM durch Kapitalaufnahme decken will, obwohl vorher gesagt wurde, daß zur Neudeckung von Restausgaben des Verteidigungsministeriums der ordentliche Haushalt des Jahres 1961 mit 1,5 Milliarden DM belastet werden soll.

#### Für richtige "Verteilung des Kuchens"

Dem Bundesfinanzminister gefiel schließlich das neckische Spiel, der Opposition, der SPD und der FDP, vorzurechnen, um wieviel höher der Haushalt in seinem Endergebnis wäre, wenn den früheren Anträgen der SPD Rechnung getragen worden wäre. Es konnte ihm darauf erwidert werden, daß er völlig verkenne, daß ein vor ihm auf diese Weise errechneter 48-Milliarden-Haushalt nur auf der Grundlage seines Statentwurfes von 45 Milliarden DM entstehen könne, während die SPD über das Zustandekommen dieser Summe des Haushalts andere Meinungen habe. Unter Hinweis auf eine etliche Jahre zurückliegende Auseinandersetzung mit dem gewesenen Bundesfinanzminister Schäffer konnte ich den derzeitigen Bundesfinanzminister darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um eine Erhöhung, die per Saldo drei Milliarden DM ausmache, handele, sondern um eine andere Verteilung des Kuchens, den der Bundeshaushalt darstelle.

Abgeordneter Schoettle befaßte sich in seinen Darlegungen auch eingehend mit der Einnahmeseite des Bundes. Er wies darauf hin, daß die erwartete Steigerung des Sozialproduktes um 6 % im Jahre 1961 nach verschiedenen sachverständigen Äußerungen höher angesetzt werdendürfe. Trotzdem aber sieht die Sozialdemokratie im Bundestag keine Veranlassung, dieser möglichen Steigerung in erhöhten Steuererwartungen Ausdruck zu geben. Sie mahnt zu einer sparsameren und sorgfältigeren Politik und unterstellt dabei, daß die Bundesregierung, so wie es vor kurzem schon einmal war, auch diesmal gewisse Ausgaben - so vor allem eine notwendige Erhöhung der Beamtensoldierung - im Haushalt nicht eingestellt hat, vielleicht, weil sie mit höheren Steuererträgen rechnet.

#### Zurückweisung ungerechter Angriffe auf die Gemeinden

Die wenig kommunalfreundlichen Äußerungen des Bundesfinanzministers legten den sozialdemokratischen Sprechern und vor allem dem Abgeordneten Heiland die Verpflichtung auf, die Betrachtung der Regierung und die der CDU ins rechte Licht zu stellen. Unter Hinweis auf die dringlichen Wohnungsneubauten, Krankenhausbauten, Straßbauten, Kanalisationsanlagen brachten die Sozialdemokraten zum Ausdruck, daß die summarischen Vorwürfe gegen die Gemeinden in keiner Weise berechtigt seien. An diesen Feststellungen, die für jeden Kommunalpolitiker heute von besonderem Interesse sind, konnten die abschwächenden Bemerkungen eines zweiten CDU-Redners nichts ändern. Bundesfinanzminister Etzel, dem Erwin Schoettle bescheinigte, daß er eine stärkere Rede gehalten habe, als sie seiner Position in der Regierung entspreche, war in seinen Schlußbemerkungen nicht in der Lage, das Schwergewicht der sozialdemokratischen Argumente zu entkräften. Diese Feststellung trifft auch auf das gesellschaftspolitische Bild Etzels zu, das von dem Sozialdemokraten Kurlbaum ins rechte Licht gerückt würde.

### Die Fristen laufen ab

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Noch niemals befand sich das gaullistische Regime in einer so heiklen aussen- und innenpolitischen Lage wie gerade jetzt. Die Chancen und der Kredit über den das Regime verfügte, haben sich seit den Sommermonaten stark verringert. Die Radikalisierung links und rechts und die Krisenerscheinungen innerhalb der gaullistischen Regierungspartei sind deutliche Beweise dieser Entwicklung.

Aussenpolitisch befindet sich Frankreich hart am Rande der diplomatischen Isolierung. Der Grund für das Fernbleiben General de Gaulles von der grossen UNO-Tagung ist die bevorstehende Algerien-Debatte in New York. Der französische Staatschef ist fest entschlossen, den erwarteten Beschluss der Vereinten Nationen bezüglich des Algerienkrieges zu ignorieren. Die weltpolitischen und innenpolitischen Auswirkungen sind aber dennoch unvermeidlich.

#### Linksradikalisierung der Intellektuellen

Der Prozess gegen die französischen Helfer der FLN hat eine Radikalisierung unter den französischen Intellektuellen, Wissenschaftlern, Künstlern, Professoren, Studenten usw. zur Folge gehabt, die man nicht für möglich gehalten hätte. Ausser den direkten Anhängern des "untergehauchten" Professor Jeanson melden sich hunderte bekannte Persönlichkeiten zu Wort und erklären sich offen entweder für das Recht auf Gehorsamsverweigerung oder Desertion im Algerienkrieg, oder für die direkte Hilfe für die FLN, durch Beherbergung von Algeriern, Geldsammeln oder, wie J.E. Sartre sagt, "Koffer tragen".

Weder die Kommunisten, noch die Sozialisten haben damit etwas zu tun, die Führungen aller Linksparteien grenzen sich von diesen Aktionen ab, die aber deshalb durchaus nicht unterschätzt werden. Die Militärgerichte verhängen Höchststrafen, es erfolgen täglich Haussuchungen und Festnahmen in angesehenen Intellektuellenkreisen und dennoch finden sich immer wieder Persönlichkeiten bereit, ihre Unterschrift unter das "Manifest der 121" zu setzen und sich somit dem Zugriff der Behörden auszusetzen.

Es ist dies aber nur die äussere Welle einer breiteren Strömung, die zur Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen mit den algerischen Nationalisten drängt und jedenfalls die Verhaftungen und Verurteilungen der Gehorsamsverweigerung ablehnt. Die Linksparteien und die Gewerkschaften haben das Manifest nicht unterzeichnet und grenzen sich von den extremistischen Ausfällen ab. Die gesamte Linke, einschließlich der christlichen Gewerkschaft und der Linksgaullisten, fordert aber mit verstärktem Nachdruck: Frieden in Algerien! Die in Alger erscheinende liberale Zeitung "Espoir" schreiet sogar offen, für die Algerier sei das (von de Gaulle angekündigte) "algerische Algerien" gleichbedeutend mit der FLN.

#### Rechtsradikalisierung des Offiziercorps

Parallel dazu ist eine Rechtsradikalisierung im Offiziercorps festzustellen, das sich nach der Niederschlagung des Januar-Austandes loyal zu verhalten schien. Der Prozess gegen die Januar-Putschisten hat übrigens noch nicht stattgefunden und ist jetzt für November angesetzt.

6. Oktober 1960

Der Umschwung in der Meinung zahlreicher Offiziere seit dem Sommer ist durch die Ereignisse im Kongo und in Mali hervorgerufen worden. Aus beiden Fällen schlussfolgern die rechtsgerichteten Kreise Frankreichs, dass die Gewährung der internen Autonomie in den afrikanischen Ländern, zuerst zur nationalen Unabhängigkeit, dann zum Chaos und schliesslich zum Kommunismus oder zur Einschaltung des Ostblocks führt. Diese Kreise haben daher das ohnehin nicht sehr starke Zutrauen zu de Gaulles Algerienplan verloren und sind überzeugt, dass ein "mit Frankreich verbundenes algerisches Algerien" automatisch den Weg Guineas, Malis und Belgisch-Kongos gehen würde.

Daher die neue Auflehnung von General Salan, die stark an die Erklärung des General Massu unmittelbar vor dem Januar-Aufstand erinnert. Auch diesmal gibt es wieder Putsch-Pläne; Salan handelt selbstverständlich im Einvernehmen mit einer breiten Fraktion von Verschwörern.

Das gaullistische Regime bemüht sich, die von beiden Extremen kommenden Gefahren in Schach zu halten, der Spielraum wird aber inner geringer und die Fristen laufen ab.

+ + +

#### Schuss ins Schwarze

sp - Ein Schreiben, das nur für einen "kleinen Kreis von Parteifreunden" bestimmt war, ist durch eine Indiskretion der deutschen Öffentlichkeit bekannt geworden. Sein Verfasser ist Dr. Bausch, früherer CDU-Landtagsabgeordneter von Württemberg-Baden und nun Intendant des Süddeutschen Rundfunks. Dieses Schreiben, veröffentlicht in dem in Frankfurt erscheinenden "Aktueller Fernsehdienst", offeriert die Gewissensnöte eines Mannes, der tiefen Einblick in die innere Verfassung der CDU hat und mit Erschrecken feststellen muss, wie im Schatten des Alten aus Rhöndorf jede berechnete Kritik zum Schweigen gebracht wird.

Unmittelbarer Anlass für den nur an wenige seiner Parteifreunde gerichteten Brief war der Streit um das zweite deutsche Fernsehen. In den ersten Passagen des Briefes heisst es, er, Dr. Bausch, könne als ein Mann der deutschen Publizistik nicht die Einstellung teilen, wer dem Kanzler widerspreche, schade der CDU. Dr. Bausch enthüllt dann recht bezeichnende Erscheinungen bei der Zusammensetzung der Mannschaft für das zweite Fernsehen, er erwähnt Werbemethoden, die die Grenze des Zulässigen fast überschreiten und vor allem bemängelt er, dass jetzt schon für viele Monate ein Programm ausgearbeitet werde, ohne dass bisher ein dafür verantwortlicher Intendant bestimmt wäre. Und er fragt: "Aber wem gibt man dieses Zentralinstrument in die Hand? Den Leuten, die mit dem Fernsehen viel Geld und publizistische Macht gewinnen wollen". Sein schärfster Vorwurf aber richtet sich gegen die Art, wie der Bundeskanzler und Parteichef der CDU mit verfassungsmässigen Institutionen umspringt. Niemand könne behaupten, der Kanzler habe die Demokratie in Deutschland befestigt, als er den "GmbH-Gründer" spielte. Und warum spielte er ihn? "... weil jene Kreise ein kommerzielles Fernsehsystem gefordert haben, die bei der Finanzierung des nächsten Wahlkampfes ein Wort mitzusprechen haben".

Das ist genau ein Schuss ins Schwarze. Die Abhängigkeit der CDU von mächtigen Interessentenhaufen ist noch niemals so schlüssig bewiesen worden wie in ihrer Haltung zum Fernsehstreit. Manche CDU-Ministerpräsidenten wissen das, sie begegnen Adenauer mit Misstrauen, aber sie heugen sich seinem Machtwort und kapitulieren. Sie geben feierlich eingegangene Verpflichtungen preis, die Kanzlerhörigkeit ist ihnen wichtiger als die Verteidigung der Länderrechte als ein Grundelement unserer Verfassung. Nicht nur Dr. Bausch hängt um den Bestand der jungen deutschen Demokratie, mit ihm hängen alle deutschen Demokraten.

+ + +

## Schutz gegen Schund

U.P. - Der Bundestag wird sich demnächst mit einer Novelle zum Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften befassen. Dabei geht es hauptsächlich um die Neuformulierung einer Bestimmung, die die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften besser als bisher in die Lage versetzen soll, unsere Jugend vor der Lektüre von Schriften und Büchern zu bewahren, die offen und versteckt den Krieg verherrlichen. Zwar sind Schriften dieser Art auch nach dem geltenden Recht jugendgefährdend. Dieses erwies sich jedoch nicht mehr als ausreichend, um jene Kriegsliteratur zu erfassen, in der der Krieg als erlaubtes Mittel der Politik hingestellt wird, als einzige Möglichkeit der Bewährung männlicher Tugenden oder als Gelegenheit zum Ausleben ungehemmter Instinkte. Gerade derartige Tendenzen werden in neuerer Zeit von Pädagogen, Juristen und Jugendleitern festgestellt. Der Jugendausschuß des Bundestages beschloß daher kürzlich einstimmig, eine neue Bestimmung zu formulieren, derzufolge auch verhöhnend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhaß "anreizende", sowie den Krieg verherrlichende oder verharmlosende Schriften als jugendgefährdend gelten sollen.

Mit der beabsichtigten Novelle folgt der Gesetzgeber lediglich einer Entwicklung, die vor einigen Jahren begann, als geschäftstüchtige Verleger die Produktion billiger Hefte mit angeblichen Kriegserlebnissen aufnahmen. In einer Zeit, in der die Fragen der Aufrüstung und Kriegsdrohung die Gemüter beschäftigten, schien es einem Bedürfnis der wehrpflichtigen Jugend zu entsprechen, etwas darüber zu erfahren, wie der Soldat im letzten Krieg gelebt und gekämpft hatte. "Den Krieg, wie er wirklich war", wollten einige Groschenhefte mit Titel wie "Der Landsar" u.ä. darstellen.

Nun, die Spekulationen der Verleger erwiesen sich insofern als richtig, als in kurzer Zeit die geschätzte Jahresauflage derartiger Kriegsgroschenhefte auf 15 Mill. anstieg. Es gibt Erhebungen, aus denen ersichtlich ist, daß es hauptsächlich 16-20-Jährige sind, die sie lesen. Den Krieg wie er wirklich war, glaubten sie zu finden. In Wirklichkeit waren es die bekannten Cowboy-Helden, lediglich in eine Uniform gesteckt, ohne ihre Gewohnheiten der Sprache, des Auftretens und der Haltung damit aufzugeben. Vor dem Hintergrund von Panzern, Jagdbombern und U-Booten schlossen und tobten sie sich in gewohnter Weise aus. Mit Recht wurden im Verteidigungsministerium gegen die Vergangstörung des ehemaligen Soldaten schwere Bedenken erhoben.

Bei unerfahrenen jugendlichen Lesern besteht die Gefahr, daß derartige Lektüre zu einer sittlichen Fehlhaltung führt, die unser gesamtes gesellschaftliches Leben gefährden kann. Sie werden zur Mißachtung des Menschen und des Lebens überhaupt verführt, zu einer verzerrten Einschätzung ihrer eigenen Kräfte und Möglichkeiten und zu einer nationalistischen Überheblichkeit und chauvinistischen Haltung gegenüber anderen Völkern. Davor muß sie in ausreichendem Maße geschützt werden.

Daß die Frage der Jugendgefährdung durch Kriegs- und Soldatenliteratur jetzt den Gesetzgeber beschäftigt, ist ein gemeinsames Verdienst von Jugenderziehern und Publizisten, man kann sagen einer breiten Öffentlichkeit. Vor allem ein Bremer Arbeitskreis von Pädagogen und Juristen sowie das Jugendreferat der DfG lieferten vor Jahresfrist die Unterlagen für ein Vorgehen der Jugendbehörden, des Bundesjugendringes sowie der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, die bis dahin kriegsverherrlichende Literatur in die Liste jugendgefährdender Schriften nicht aufgenommen hatte. Wenn anfangs im Verteidigungsministerium der Verdacht geäußert wurde, man habe es bei den Bemühungen um einen Schutz der Jugend vor kriegsverherrlichenden Schriften mit einem Angriff gegen die Verteidigungsbereitschaft zu tun, so sollte auch hier inzwischen die Auffassung Platz gegriffen haben, daß der Schutz der Jugend gegen Schund und die Förderung der Wehrbereitschaft nicht gegeneinander stehen. + + +

## Speyer - viel erreicht, noch manches zu tun

Von Oberbürgermeister Dr. Paulus Skopp

Vieles von dem, was sich die Fraktionen und Gruppen des Stadtrats bei der Wahl im Herbst 1956 als Programm und Ziel vorgenommen und gesetzt hatten, ist erreicht worden, manches bleibt noch zu tun. So wird sich die Arbeit auf dem Rathaus, die der neue Stadtrat vorfindet, organisch an die Tätigkeit des alten Stadtparlamentes anschließen.

Die zu lösenden Aufgaben und Probleme, die in den Jahren von 1956 bis jetzt anstehen, wurden stets entweder einstimmig oder von einer tragfähigen, starken Mehrheit im Rat beschlossen und dann auch ohne parteipolitische oder gruppenmäßig Enge verwirklicht oder in Angriff genommen.

Die Stadtratsfraktion der Sozialdemokratischen Partei, die nach dem klar bekundeten Willen der Wähler seit nunmehr zwölf Jahren die stärkste Gruppe im Rat unserer Stadt ist, hat dabei - und das kann ohne Übertreibung als sachliche Feststellung gesagt werden - den bedeutendsten Anteil, sowohl hinsichtlich der Entwicklung kommunalpolitischer Initiative als auch hinsichtlich der Gestaltung der Kommunalarbeit und der Durchführung der Kommunalaufgaben im einzelnen. Die Bürger von Speyer dürfen gewiß sein, daß dies auch im neuen Stadtparlament nicht anders sein wird!

### Möglichkeiten und Mittel

Für die meisten von uns ist die Gemeinde die einzig verständliche und überschaubare Form der Gemeinschaft. Dieser gilt es zu dienen! Einen breiten Raum in der Arbeit der jetzt zu Ende gehenden Stadtratsperiode und in meiner eigenen Arbeit auf dem Rathaus nahmen wiederum die Sorge um die wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Stadt und die Wirtschaftsförderung ein. Eine einzige Zahl soll hierbei den Stand der erreichten Entwicklung beleuchten: Nach den zuletzt veröffentlichten Angaben des Statistischen Landesamts sind in Speyer jetzt rund 20 % der Gesamtbevölkerung in der Industrie tätig. Damit steht unsere Stadt mit Ablauf dieser Stadtratsperiode mit in der Reihe der stärker industrialisierten Städte und Gemeinden der Pfalz, wenn wir auch noch nicht eine Industriestadt im engeren Sinne des Wortes geworden sind. Es gilt auf diesem Wege weiter voranzuschreiten.

Die Sozialdemokratische Stadtratsfraktion kann dem Urteil der Bürgerschaft bei den bevorstehenden Kommunalwahlen am 23. Oktober gerade

im Hinblick auf die Erfolge der Wirtschaftsförderung im Bewußtsein ihrer Leistung mit Ruhe entgegensehen.

Die Erfolge bleiben nicht aus

Immer mehr Menschen konnten in Speyer ihren Arbeitsplatz finden und brauchen nicht mehr als Pendler in die benachbarten Industriestädte zu fahren, um außerhalb ihrer Heimatstadt ihrer Arbeit nachzugehen.

Damzufolge entwickelte sich auch das Steueraufkommen in unserer Stadt langsam aber stetig aufwärts, und das, obwohl die Gemeinden gegenüber Bund und Land nach dem in der Bundesrepublik bestehenden Finanzsystem immer noch schwer benachteiligt sind. Denn die Leistungen der Städte und der Bürgerfleiß in den Städten und Gemeinden sind das echte Fundament der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung auch in Bund und Ländern. Ausschlaggebend ist allein, was die Bürger einer Stadt und ihre Beauftragten auf dem Rathaus aus einer gegebenen Situation zu machen wissen und zu machen gewillt sind. Mit Pessimismus, negativer Kritik und Weinsagen ist nichts getan!

Die Bürger mögen am 23. Oktober entscheiden, wer in Bezug auf die Entwicklung unserer Stadt und in Bezug auf die Entwicklung der städtischen Finanzen und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten Recht behalten und also richtig gehandelt hat! Und wenn die zuständige staatliche Aufsichtsbehörde unlängst festgestellt hat, daß die Stadt Speyer noch ausreichend Spielraum für die Verwirklichung weiterer Vorhaben besitzt, so sollte das genügen, um das Gerücht über die angebliche Überschreitung der Verschuldungsgrenze nunmehr ein für alle Mal zum Schweigen zu bringen.

Bauen und weiter aufbauen!

Mit Umsicht und dem Rechenstift wird auch hier weiterhin die Waage gehalten werden, und mit Weitblick und der notwendigen Einsicht in das jeweils Realisierbare werden auch in der Zukunft die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden. Denn die Förderung des heimischen Gewerbes, gerade auch des Handwerks und des Handels, konnte nicht besser geschehen als durch die zahlreichen Bauvorhaben, die auch in den letzten vier Jahren wiederum in Speyer verwirklicht worden sind. Dabei liegt es in den Verhältnissen unserer Zeit begründet, daß hierbei vom Rathaus besondere Initiative ausgehen mußte, zöge es sich nun um Wohnungsbau, Straßenbau, die Woogbachüberbrückung, Geländerschließung und Ausbau des Kanalnetzes handeln, oder die Verbesserung unserer Versorgungsanlagen, die Steigerung unserer Versorgungsleistung bei den Städtwerken betreffen, oder seien es Bauten für kulturelle Zwecke, wie unsere Schulen und der jetzt in Angriff genommene Stadhallenbau. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel